Bürgerbrief für Frieden und Demokratie

Sachlich fundierte Informationen für den souveränen Bürger

www.buergerbrief-fuer-frieden-und-demokratie.de

Ausgabe Mai 2024

Hinweis: Die einzelnen Texte stellen eine Kurzzusammenfassung bzw. einen Hinweis auf die Komplett-Artikel dar, die per Mausclick auf den jeweils blauen und unterstrichenen Text direkt aufrufbar sind. Kursiver Text gibt die Meinung der Redaktion (Red.) wieder.

Das politische und weltanschauliche [Selbstverständnis des Redaktionsteams](#) sowie das [Impressum](#) mit Haftungsausschluss und Angaben zum Datenschutz finden Sie auf unserer Homepage.

Einladung: Unsere Leser dürfen gerne mitmachen. Senden Sie hierzu bitte Verbesserungsvorschläge für diese Seite und/oder Artikelvorschläge (mit Link) an: info@buergerbrief-fuer-frieden-und-demokratie.de (Betr.: "BB-Artikelvorschlag"). Darüber hinaus würden wir uns sehr freuen, wenn uns unsere Leser weiterempfehlen würden.

Die Redaktion

Inhalt dieser Ausgabe

- **Editorial**
- **Chefermittlerin Brorhilker kündigt und übt Kritik**
- **Laurenz Nurk: Ampelregierung will Zentralisierung der Staatsmacht "gezielt stärken"**
- **Wie unparteiisch ist das Straßburger Gericht?**
- **NRhZ-Online: Beachten Sie Grundgesetz und Völkerrecht**
- **BIP: Bericht der UN-Sonderberichterstatterin Francesca Albanese über Völkermord**
- **Oxfam: Menschen im nördlichen Gazastreifen müssen mit 245 Kalorien pro Tag auskommen, ...**
- **WHO: Sechs Monate Krieg haben das Al-Shifa-Krankenhaus in Trümmern hinterlassen**
- **Verena Tobler: Israel ist kein moderner Rechtsstaat! Ein Appell**
- **Der Völkermord im Gazastreifen**
- **Der syrische Präsident Assad im O-Ton über die Gründe für den Konflikt mit dem Westen**
- **Palästina-Kongress von Polizei abgebrochen**
- **Staaten in Lateinamerika, Afrika und Asien bäumen sich gegen die Hegemonie des Westens auf**
- **Helene & Ansgar Klein: Böswillige Darstellung der Situation in der Ukraine**
- **Deutschland lädt Vertreter Russlands von Gedenkfeiern zur Befreiung von Konzentrationslagern aus**
- **Zeit-Fragen: Niemals vergessen! 1999–2024**
- **Unbeabsichtigt publik gewordener Stand der WHO-Verhandlungen gibt Anlass zur Sorge**
- **Unter Druck geratende WHO plant Rechtsbruch**

**Der Mensch hat dreierlei Wege, klug zu handeln:
erstens durch Nachdenken, das ist das Edelste,
zweitens durch Nachahmen, das ist das Leichteste,
und drittens durch Erfahrung, das ist das Bitterste.**

Editorial

*Diese Ausgabe beginnt mit einem Block zur gefährdeten **Rechtsstaatlichkeit** in Deutschland. Der Rücktritt der Staatsanwältin Anne Brorhilker im Cum-Ex-Skandal gibt Anlass zur Sorge. Dasselbe gilt für die Zentralisierung der Polizeiaufgaben. Auch das Klimaseniorinnen-Urteil des Europäischen Menschenrechtsgerichtshofes steht für eine Erosion der Rechtsstaatlichkeit und wird von Katharina Fontana kritisiert. Hoffnung gibt dagegen ein Offener Brief von 600 Bundesbeamten und öffentlich Angestellten, die anlässlich der Israel-Politik im Namen von Grundgesetz und Völkerrecht gegen die Bundesregierung protestieren.*

*Das leitet über zum Gaza-Krieg. Die UN-Sonderberichterstatterin Francesca Albanese beschreibt den **Völkermord an den Palästinensern**. Oxfam nennt Details zur Hungersnot in Gaza und eine WHO-Mission erinnert an die gezielte Zerstörung des Al-Shifa-Krankenhauses. Verena Tobler verweist auf die bewusste Systematik, mit der Israel seit 75 Jahren Landraub betreibt. Hintergründe und Motive dafür liegen in den USA und deren Rohstoffinteressen, was Michael Hudson, Pepe Escobar und Michael Lüders ausführen. Auch der syrische Präsident Al-Assad geht in einem Interview u.a. auf die **Rolle der USA** im Nahen Osten ein. Die Palästinenser Salman Abu Sitta und Ghassan Abu Sitta konnten ihre Sicht leider nicht darlegen, weil der Palästina-Kongress in Berlin im April abgebrochen und verboten wurde. Das ändert aber nichts daran, dass die Völker in Afrika, Asien und Lateinamerika sich zunehmend der westlichen Hegemonie widersetzen, was von Pepe Escobar und Alfred de Zayas beschrieben wird.*

*Helene und Ansgar Klein sehen im **Ukraine-Krieg** einen Versuch des Westens, seine Hegemonie fortzusetzen. Sie erinnern an die Möglichkeiten, die es im Vorfeld zur Kriegsvermeidung und im Frühjahr 2022 zur raschen Kriegsbeendigung gab. Empörend finden wir, dass die deutsche Regierung Vertreter Russlands zu den Gedenkfeiern zur Befreiung der Nazi-Konzentrationslager eingeladen hat. Tief besorgt zeigen sich die Teilnehmer einer internationalen Konferenz des Belgrader Forums 25 Jahre nach der NATO-Aggression gegen Jugoslawien, die sie in ihrer **Belgrader Erklärung** vom 23.04.2024 auch hinsichtlich der Kriege in der Ukraine und im Gazastreifen zum Ausdruck bringen.*

*Abschließend beschreiben Norbert Häring und Silvia Behrendt die Gefahren, die vom geplanten **Pandemie-Vertrag der WHO** für die nationalen Souveränitäten ausgeht. Im letzten Beitrag wird dargestellt, wie intransparent die Verhandlungen dazu verlaufen und dass die Gefahr zu internationalem Rechtsbruch besteht.*

• Chefermittlerin Brorhilker kündigt und übt Kritik

Anne Brorhilker, Leiterin der eigens für den größten deutschen Steuerskandal Cum-Ex eingerichteten Hauptabteilung, hat am 22.04.2024 bei der Generalstaatsanwaltschaft eine "[Bitte um Entlassung aus dem Beamtenverhältnis](#)" eingereicht. Sie begründet ihren Abschied mit mangelnder Unterstützung, auch durch Defizite in der Justizstruktur. Um das Problem zu lösen, spricht sich die Strafverfolgerin für mehr Personal in der Strafverfolgung und für eine bundesweite zentrale Behörde zur Bekämpfung von Finanzkriminalität aus, die auch Steuervergehen verfolge. Brorhilker kündigte an, sich künftig als Geschäftsführerin der Nichtregierungsorganisation 'Finanzwende e.V.' für solche Ideen für den Kampf gegen Finanzkriminalität einzusetzen.

Brorhilker, die auch bis in die hohe Politik ermittelte, musste [oft gegen Schwierigkeiten und unhaltbare Anschuldigungen ankämpfen](#). Für den von der Bewerbung Brorhilkers überraschten Gründer von 'Finanzwende e.V.', Gerhard Schick, verdient die Entscheidung von Brorhilker "höchsten Respekt. Der Wechsel zu Finanzwende ist eine Kampfansage an Finanzkriminelle und ihre Unterstützer. Das muss ein Weckruf sein, die [Verfolgung von Finanzkriminalität endlich zur politischen Priorität in Deutschland zu machen](#)." Mit Brorhilker will er "die Justiz deutschlandweit besser für den Kampf gegen Finanzkriminalität aufstellen, die Finanzlobby im Justizbereich zurückdrängen und dafür sorgen, dass Steuerbetrug in Millionenhöhe nicht milder behandelt wird als Sozialbetrug".

Zur Erinnerung (Red.): Ein öffentlich gewordenes Dokument vom 24.07.2023 belastet Bundeskanzler Olaf Scholz in der Cum-ex-Affäre um die Hamburger Privatbank M. M. Warburg. Der Vermerk der Staatsanwaltschaft Köln, in dem von "[Ungereimtheiten in den Aussagen von Olaf Scholz](#)" die Rede ist, durchkreuzt auch die zentrale Verteidigungslinie des Kanzlers, sich an Treffen mit dem Banker Christian Olearius nicht erinnern zu können. "Insbesondere die auffällig häufige Berufung auf Erinnerungslücken sowie die durchgehende Behauptung, es habe trotz des gewichtigen und brisanten Steuerfalls der M.M. Warburg nahezu keine Kommunikation oder Akteneinträge gegeben, sind wenig nachvollziehbar", heißt es.

[Um dem Verdacht nachgehen zu können](#), Hamburger Politiker und Finanzbeamte könnten der Privatbank geholfen haben, gestohlene Steuergelder auch nach dem Auffliegen des Skandals behalten zu dürfen, bemüht sich der Hamburger Untersuchungsausschuss in dieser Sache seit einem Jahr um Unterlagen der Kölner Staatsanwaltschaft, die bei einer Razzia sichergestellt wurden. Dabei geht es auch um E-Mail-Postfächer aus dem innersten Kreis von Scholz. Die Kölner Staatsanwaltschaft gibt an, sie habe die Unterlagen mit Bericht vom 09.03.2023 und vom 09.05.2023 nach Düsseldorf ans Justizministerium geschickt. Anfang Juli 2023 schickte das Justizministerium einen Boten nach Köln, um die Daten abzuholen, da angeblich der damalige Leiter der Kölner Staatsanwaltschaft sich der Herausgabe entgegengestellt habe. Die Oberstaatsanwältin Anne Brorhilker stellt klar, [das Justizministerium seinerseits habe die Asservate nicht herausgeben wollen](#). In Folge dieser Auseinandersetzung hat NRW-Justizminister Benjamin Limbach das Team für Cum-Ex-Ermittlungen der Kölner Staatsanwaltschaft aufzuspalten und damit die deutschlandweit hoch geachtete Oberstaatsanwältin Brorhilker zu entmachten versucht. Der Versuch wurde dann [aufgrund der Kritik zumindest vorerst gestoppt](#).

[Inhalt](#) ↑

• Laurenz Nurk: Ampelregierung will Zentralisierung der Staatsmacht "gezielt stärken"

Bei der seit sieben Jahre andauernden Verschärfung der Polizeigesetze der Länder richtet sich das Hauptaugenmerk laut Laurenz Nurk gar nicht so sehr auf die vorgebliche Strafverfolgung, die schon einheitlich in der Strafprozessordnung geregelt ist, sondern auf den Bereich der präventiven Gefahrenabwehr, die in neue Landespolizeigesetze gegossen wurde. Dabei sei immer argumentiert worden, dass immer noch mehr Eingriffsbefugnisse erforderlich seien, [was zu einer](#)

[riesigen Machtfülle der Polizei geführt habe](#). Parallel zum Ausbau der landesgesetzlichen Regelungen hat sich auch die Diskussion um ein einheitliches Polizeigesetz intensiviert. Ende Dezember 2023 hat das Bundeskabinett den neuen Gesetzentwurf zur Neustrukturierung des Bundespolizeigesetzes verabschiedet, das auch für die Bundespolizei mehr Befugnisse vorsieht. Nurk benennt die Befugnisse der Landespolizeibehörden und der Bundespolizei im Einzelnen.

[Laurenz Nurk](#), Autor und Gründer der Website [gewerkschaftsforum.de/](#). (Red.)

[Inhalt](#) ↑

● **Wie unparteiisch ist das Straßburger Gericht?**

Das Urteil des Europäischen Gerichtshofes für Menschenrechte (EMRK) gegen die Schweiz und für die klagenden Greenpeace-„Klimaseniorinnen“ wird kritisiert. Das Urteil schließt sich der Meinung an, Klimaschutz sei Menschenrecht und verkennt dabei – so Katharina Fontana – den Sinn des Menschenrechtsgerichtshofes. Auffällig ist die (beinahe) Einstimmigkeit (16:1), was darauf hindeutet, dass es sich hier weitgehend um politisch gleichgesinnte Richter handelt. Es besteht die Gefahr, dass das Gericht zunehmend selbst Recht setzt („soft law“) und sich zum [Einfallstor für NGO-Interessen](#) macht, was nicht seine Aufgabe ist. Tatsächlich haben viele der Richter dort aktive Vergangenheiten und Verbindungen mit Organisationen wie ‘Open Society’, ‘Amnesty International’, ‘Human Rights Watch’ u.a., was ihre Unparteilichkeit in Frage stellt. Langfristig könnte der EMRK dadurch seine Glaubwürdigkeit verlieren und einzelne Länder könnten sich zunehmend abwenden.

Eine Studie vom ‘European Center for Law and Justice’ zeigt, dass mindestens 22 der 100 ständigen Richter, die zwischen 2009 und 2019 am ‘Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte’ gedient haben, ehemalige Vertreter oder Mitarbeiter von sieben NGOs sind, die vor dem Gerichtshof sehr aktiv sind. Seit 2009 gab es mindestens 185 Fälle, bei denen mindestens eine dieser sieben NGOs offiziell in Verfahren involviert waren. In 88 Fällen entschieden Richter über Fälle, in die die NGO, mit der sie verbunden waren, beteiligt war. Im gleichen Zeitraum gab es nur 12 Fälle, in denen sich ein Richter wegen dieser Interessenskollision aus einem Fall zurückzog. [Laut der Studie stellt diese Situation die Unabhängigkeit des Gerichtshofs und die Unparteilichkeit der Richter in Frage](#) und verstößt gegen die Vorschriften, die der Gerichtshof in diesem Bereich auferlegt.

[Katharina Fontana](#), promovierte Schweizer Juristin, arbeitete als wissenschaftliche Mitarbeiterin im Bundesamt für Justiz, von 1998 bis 2017 bei der NZZ (Inlandressort, Bundhausredaktion, Bundesgerichtserstattung), dann bei der Weltwoche, um im Mai 2021 zum NZZ-Inlandressort zurückzukehren. (Red.)

[Thomas Röper](#), Jg. 1971, zunächst Versicherungs- und Finanzdienstleistungsexperte in Osteuropa und Russland, dann unabhängiger Unternehmensberater in St. Petersburg; lebt seit 15 Jahren in Russland und betreibt die Seite [www.anti-spiegel.ru](#), wo er sich kritisch mit der Berichterstattung westlicher Medien im Allgemeinen, zu Russland, zu (Geo-)Politik und Wirtschaft auseinandersetzt. (Red.)

[Inhalt](#) ↑

● **NRhZ-Online: Beachten Sie Grundgesetz und Völkerrecht**

In einem Offenen Brief wenden sich 600 Bundesbeamte und Angestellte im öffentlichen Dienst, die sich den Fundamentalprinzipien des Grundgesetzes verpflichtet fühlen, an Mitglieder der Bundesregierung und [stellen fest, dass Israel in Gaza Verbrechen begeht, „die im evidenten Widerspruch zum Völkerrecht und damit zum Grundgesetz stehen“](#). Sie beschreiben diese

Verbrechen und bringen die zugehörigen, menschenverachtenden Ankündigungen ranghöchster israelischer Amtsträger. Sie fordern von der Bundesregierung, sich unverzüglich für einen sofortigen Waffenstillstand im Gazastreifen einzusetzen, Israel zu veranlassen, Hilfslieferungen zuzulassen und Israel bei Unterlassung zu sanktionieren. Außerdem die Zahlungen an die UNRWA für ihre Arbeit im Gazastreifen wieder aufzunehmen und sich entschieden für die Anerkennung eines palästinensischen Staates einzusetzen. Um nicht aufgrund der besorgniserregenden Nutzung des Disziplinarrechts kriminalisiert und pönalisiert zu werden, haben die Unterzeichnenden ihre Namen nicht offengelegt.

[Anneliese Fikentscher](#) ist Erste Vorsitzende des Verbandes Arbeiterfotografie, Andreas Neumann gehört wie sie seiner Redaktion an. Beide sind seit 2012 Herausgeber der Grundsatzschrift [‘Das Krokodil’](#) und seit 2016 auch der [‘Neuen Rheinischen Zeitung’ \(NRhZ-Online\)](#). (Red.)

[Inhalt](#) ↑

● BIP: Bericht der UN-Sonderberichterstatterin Francesca Albanese über Völkermord

UN-Sonderberichterstatterin für die Menschenrechte in den besetzten Palästinensischen Gebieten, Francesca Albanese, hat am 25.03.2024 ihren Berichtsentwurf über den israelischen Angriff auf den Gazastreifen veröffentlicht, in dem Israel des Völkermords beschuldigt wird. Der Bericht kommt zu den folgenden Schlussfolgerungen: “Die überwältigende Art und das Ausmaß des israelischen Angriffs auf den Gazastreifen und die Zerstörung der Lebensgrundlagen, die er verursacht hat, offenbaren die Absicht, die Palästinenser als Gruppe physisch zu vernichten. [...] [Völkermörderische Handlungen wurden gebilligt und in die Tat umgesetzt](#), nachdem hochrangige Militär- und Regierungsbeamte ihre völkermörderische Absicht erklärt hatten. [...] Unter Missachtung der Gewohnheitsrechtsregeln des humanitären Völkerrechts, einschließlich der Unterscheidung zwischen Kämpfern und Zivilisten, der Verhältnismäßigkeit und der Vorsichtsmaßnahmen, hat Israel de facto eine ganze geschützte Gruppe und ihre lebenserhaltende Infrastruktur als ‘terroristisch’ oder ‘terroristen-unterstützend’ behandelt und damit alles und jeden entweder in ein Ziel, das getötet oder zerstört werden kann, oder in einen Kollateralschaden verwandelt. [...]

Israels Völkermord an den Palästinensern in Gaza ist eine Eskalationsstufe eines langjährigen kolonialen Auslöschungsprozesses der Siedler. Seit über sieben Jahrzehnten richtet dieser Prozess das palästinensische Volk als Gruppe zugrunde – demografisch, kulturell, wirtschaftlich und politisch – mit dem Ziel, es zu vertreiben und sein Land und seine Ressourcen zu enteignen und zu kontrollieren. Die andauernde Nakba muss ein für alle Mal gestoppt und wiedergutmacht werden. Dies ist ein Gebot, das den Opfern dieser unbedingt vermeidbaren Tragödie und den künftigen Generationen in diesem Land geschuldet ist.“

Der Bericht fordert (*in eingekürzter Form, Red.*),

(a) das Verbot des Völkermords in Übereinstimmung mit ihren unabdingbaren Verpflichtungen durchzusetzen,

(b) unverzüglich ein Waffenembargo gegen Israel verhängen und einen Waffenstillstand durchzusetzen,

(c) Südafrikas Antrag an den UN-Sicherheitsrat zu unterstützen,

(d) die Lage in Palästina unverzüglich dem IGH vorzulegen,

(e) echte Ermittlungen und Strafverfolgung von des Völkermords verdächtigten Personen,

(f) Israel und des Völkermords mitschuldige Staaten zu verpflichten, den kolossalen Schaden anzuerkennen und wiedergutzumachen,

(g) durch die UN-Generalversammlung einen Plan zur Beendigung des ungesetzlichen und unhaltbaren Status quo zu entwickeln,

- (h) kurzfristig eine Schutzpräsenz einzurichten und
- (i) eine angemessene Finanzierung der UNRWA sicherzustellen.

Das [Bündnis für Gerechtigkeit zwischen Israelis und Palästinensern BIP e. V.](#) möchte, dass sich die deutsche Politik ohne Ausnahme zur Einhaltung von Menschenrechten positioniert, auch wenn es um die israelische Besatzung der palästinensischen Gebiete sowie die Blockade von Gaza geht und dies gerade deswegen tut, weil sich Deutschland als Freund Israels versteht. (Red.)

[Inhalt](#) ↑

- **Oxfam: Menschen im nördlichen Gazastreifen müssen mit 245 Kalorien pro Tag auskommen, weniger als eine Dose Bohnen**

Die NGO Oxfam macht in ihrem Bericht vom 03.04.2024 klar, dass die 300'000 im Norden des Gaza-Streifens gefangenen Menschen seit Januar nur noch 245 Kalorien pro Person und Tag zur Verfügung haben – weniger als 12% der empfohlenen Kalorienzufuhr. Hinzu komme, dass [seit Ende März keine UNRWA-Konvois mehr in den Norden dürfen](#). Laut Oxfam-Analyse decken die seit Oktober in den gesamten Gaza-Streifen gelieferten Lebensmittel nur 41% des täglichen Bedarfs der insgesamt 2,2 Millionen Einwohner. Der Hunger und seine Auswirkungen werden durch die fast vollständige Zerstörung der zivilen Infrastruktur einschließlich Krankenhäusern, Wasser- und Sanitärdiensten und der Unterstützung der Gemeinde durch Israel noch verstärkt. Oxfam-Exekutivdirektor Amitabh Behar betont, dass das Aushungern der Zivilisten eine bewusste Entscheidung Israels sei ([Übersetzungshilfe: deepL](#)).

[Oxfam](#) ist eine globale Nothilfe- und Entwicklungsorganisation, deren Mitarbeiter sich für das Ziel einer gerechten Welt ohne Armut engagieren. Ca. 80% der Arbeit geht in [langfristige Projekte und in Nothilfe](#). Es erfolgen Publikationen zu verschiedenen Themen wie Frauenrechten, sozialer Ungleichheit, Klima oder Gesundheit. (Red.)

[Inhalt](#) ↑

- **WHO: Sechs Monate Krieg haben das Al-Shifa-Krankenhaus in Trümmern hinterlassen**

Eine von der WHO geleitete organisationsübergreifende Mission hat am 05.04.2024 das Al-Shifa-Krankenhaus im nördlichen Gazastreifen betreten, um eine vorläufige Bewertung des Ausmaßes der Zerstörung vorzunehmen und den Bedarf zu ermitteln. Zuvor war der Mission der Zutritt zum Krankenhaus sechsmal verweigert, verzögert oder behindert worden. Bei der Mission wurde festgestellt, dass das Krankenhaus nur noch ein stark beschädigtes Gebäude und der Großteil der Ausrüstung nicht mehr brauchbar ist. Ob das Gebäude wieder nutzbar gemacht werden kann, muss erst geklärt werden.

Die [Zerstörung des Al-Shifa-Krankenhauses](#) und des 'Nasser Medical Complex' haben laut der Mission dem Gesundheitssystem des Gazastreifens das Rückgrat gebrochen. Von den 36 großen Krankenhäusern, die früher über 2 Millionen Menschen im Gazastreifen versorgten, seien Anfang April nur noch 10 einigermaßen funktionsfähig, wobei die Art der Leistungen, die sie erbringen können, stark eingeschränkt ist. "Die WHO fordert erneut den Schutz von Patienten, medizinischem und humanitärem Personal, der Gesundheitsinfrastruktur und der Zivilbevölkerung" und "einen ungehinderten Zugang für humanitäre Hilfe in und durch den Gazastreifen sowie einen dauerhaften Waffenstillstand".

[Inhalt](#) ↑

● Verena Tobler: Israel ist kein moderner Rechtsstaat! Ein Appell

Für Verena Tobler ist [Israel kein moderner Rechtsstaat](#), weil Israel keine Verfassung habe und seine Grenzen nie definiert habe. Zudem dehnte Israel sein Territorium schon vor dem 7. Oktober durch den Siedlungsbau in kolonialer Manier aus, wodurch die Palästinenser verdrängt und vertrieben werden. Darüber hinaus ignoriere Israel seit 75 Jahren alle Beschlüsse und Resolutionen der UNO, verletze das humanitäre Völkerrecht und spreche durch Überhöhung des jüdischen Staatsvolkes den Arabern ihre Legitimität ab. Der in Israel herrschende Faschismus sei völkisch-religiös motiviert, was wohl aus der Geschichte der Juden heraus verständlich sei. Aber eine "moralische Verfassung" setze voraus, dass der Zugriff auf die Ressourcen die Voraussetzung dafür ist, dass die Menschen allerorts ihre Bedürfnisse befriedigen können.

[Verena Tobler](#), Jg. 1944, studierte Soziologie, Ethnologie, Pädagogik, bildete sich u.a. in Psychoanalyse weiter. Tobler war verschiedenen Universitäten und Fachhochschulen, aber auch als Beraterin und Supervisorin tätig. Sie ist beratendes Mitglied bei der Hilfe für Entwicklungsländer und zur fruchtbaren Gestaltung und Kulturproblemen und -konflikten. (Red.)

[Inhalt](#) ↑

● Der Völkermord im Gazastreifen

Michael Hudson, ein US-amerikanischer Wirtschaftswissenschaftler und Finanzanalyst, zeigt gegenüber Pepe Escobar den grundlegenden Plan für Gaza detailliert auf. Diesen Plan hat er kennengelernt, als er "in den 1970er Jahren am Hudson Institute mit Uzi Arad und anderen Mossad-Lehrlingen gearbeitet" hat.

Demnach sollte der Gazastreifen in voneinander isolierte Bezirke aufgeteilt und die Bevölkerung durch Bombardierung getötet werden. Die nicht-jüdischen Menschen Palästinas sollten schon bei der offiziellen Gründung Israels vertrieben werden. Hudson: "[Was wir heute erleben, ist die Endlösung für diesen Plan](#). Es fügt sich auch in das Bestreben der USA ein, den Nahen Osten und seine Ölreserven zu kontrollieren. Für die US-Diplomatie IST der Nahe Osten (in Großbuchstaben) Öl. Und ISIS ist Teil von Amerikas Fremdenlegion, seit sie zuerst in Afghanistan organisiert wurde, um die Russen zu bekämpfen. Aus diesem Grund wurde die israelische Politik mit den USA abgestimmt. Israel ist die wichtigste Klientel-Oligarchie der USA im Nahen Osten."

Um die eigene Bevölkerung nicht in den Widerstand zu treiben, soll diese möglichst wenig von der Gewalt mitbekommen. Dazu werden Journalisten von den Schlachtfeldern ausgesperrt und Hunger als Waffe eingesetzt. Daher hat Israel "Fischerboote und Gewächshäuser im Gazastreifen zerstört". Daher haben die USA die UNRWA-Unterstützung nach Beginn der Feindseligkeiten eingestellt. Daher blockiert Israel die Hilfslieferungen weitestgehend. "Die Vereinigten Staaten haben versucht, einer Verurteilung zu entgehen, indem sie vorgaben, eine Anlegestelle zu bauen, um Lebensmittel auf dem Seeweg zu entladen. Die Absicht war, dass die Bevölkerung des Gazastreifens bis zum Bau des Hafens ausgehungert sein würde."

Auch wenn die USA nun versuchen, die Schuld an der Tragödie Israels Premier Netanjahu zuzuschieben: "Aber das ist die israelische Politik seit 1947. Und es ist die Politik der USA. Alles, was seit dem 2. Oktober passiert ist, als die Al-Aqsa-Moschee von israelischen Siedlern gestürmt wurde und die Hamas [Al-Aqsa-Flut] am 7. Oktober Vergeltung übte, war eng mit der Regierung Biden abgestimmt. [...] Das Ziel der USA ist es, den Gazastreifen daran zu hindern, die Offshore-Erdgasrechte zu erhalten, mit denen sie ihren eigenen Wohlstand und den anderen islamischer Gruppen, die die USA als Feinde betrachten, finanzieren könnten. Und um den Nachbarländern zu zeigen, was mit ihnen geschehen wird, so wie es die USA mit Libyen kurz vor Gaza getan haben. [...] Das Ziel der USA ist es, die Herrschaft des internationalen Rechts, wie sie von der UNO vertreten wird, zu beenden. An ihre Stelle soll die 'regelbasierte Ordnung' der USA treten, die keine Regeln veröffentlicht."

Eine Zwei-Staaten-Lösung ist laut Hudson nicht realistisch: "Es muss entweder eine rein israelische oder eine rein palästinensische Lösung geben. Und so wie es jetzt aussieht, ist es rein israelisch – der Traum von 1947 von einem Land ohne nicht-jüdische Menschen. Der Gazastreifen wird geografisch immer noch da sein, zusammen mit seinen Gasrechten im Mittelmeer. [...] Die Palästinenser werden entweder auswandern oder getötet werden. Das ist die angekündigte Politik seit über einem Jahrzehnt."

Für Michael Lüders, der eine detaillierte prekäre Lage der Menschen im Gazastreifen und der Verbrechen Israels gibt, ist [klar, dass das genozidale Vorgehen von Israels Regierung bewusst erfolgt](#). Dies geschehe im Widerspruch zu der Erfahrung, dass der Konflikt zwischen den Zionisten und den Palästinensern so nicht gelöst werden kann (Video, 48m39).

[Pepe Escobar](#), Jg. 1954, ist Kolumnist bei 'The Cradle', leitender Redakteur bei 'Asia Times' und unabhängiger geopolitischer Analyst mit Schwerpunkt Eurasien. Er berichtet seit 1985 als Auslandskorrespondent aus vielen Teilen der Welt und lebte in London, Paris, Mailand, Los Angeles, Washington, Bangkok und Hong Kong. (Red.)

[Michael Hudson](#), Jg. 1939, lehrt Wirtschaftswissenschaften an der University of Missouri in Kansas City; daneben ist er Finanzanalyst und Berater an der Wall Street. Er gehört zu den Finanz- und Ökonomieexperten der Occupy-Bewegung und arbeitet eng mit dem bekannten sozialen und politischen Aktivisten David Graeber zusammen. (Red.)

[Michael Lüders](#), Jg. 1959, beschäftigt sich seit seiner Ausbildung mit der arabischen Welt, mit dem Nahen Osten und Zentralasien. Er hat dazu in verschiedenen Medien analysiert, berichtet und kommentiert sowie Expertisen für GIZ, BMZ und Auswärtiges Amt abgegeben. Er ist Präsident der 'Deutsch-Arabischen Gesellschaft' in Nachfolge von Peter Scholl-Latour sowie Roman- und Sachbuchautor. (Red.)

[Inhalt](#) ↑

● **Der syrische Präsident Assad im O-Ton über die Gründe für den Konflikt mit dem Westen**

Im Interview mit dem russischen Fernsehen hat Syriens Präsident Baschar al-Assad [zu Fragen der Multipolarität, der nationalen Traditionen und Kulturen](#) ausführlich (und hier verkürzt wiedergegeben) Stellung genommen. Zu den biografischen Angaben al-Assads liefert der Interviewer zusätzliche Information, auf die hier nicht eingegangen wird (Red.).

Al-Assad ist der Meinung, dass die USA gezielt versuchen, nationale Identitäten zu zerstören. Um dies zu erreichen, versuche man Länder und Politiker durch den Einsatz von Geld zu kontrollieren. Dafür, dass sich Syrien dem Willen der USA und sich damit der Sklaverei widersetzt hat, habe das Land einen sehr hohen Preis bezahlt. Al-Assad bejaht, "dass sich die globale Situation der Welt verändert und Staats- und Regierungschefs der Länder, die zur globalen Mehrheit zählen, allmählich den Weg der Verteidigung ihrer nationalen Interessen einschlagen". Multipolarität habe es immer gegeben, während Unipolarität unnatürlich sei und zu dem Chaos geführt habe, "für das mein Land und viele andere Länder der Welt heute bezahlen. Das Problem von heute ist das Fehlen klarer Regeln für die Beziehungen zwischen den Staaten, was zu ständigen Konflikten führt. Solange es verschiedene Sprachen und Kulturen gibt, ist die Welt multipolar. Wichtig ist, dass dies rechtlich anerkannt werden sollte."

Laut al-Assad hat Russland nicht der syrischen Regierung geholfen, sondern: "Russland hat das syrische Volk unterstützt und die Souveränität Syriens verteidigt. Damit hat es auch das Völkerrecht verteidigt, das auf dem Papier ja existiert. Russland hat sich gegen den internationalen Terrorismus gestellt und es ist naiv zu glauben, dass die Terroristen von heute lokale Banden sind. Es ist ein globales Netzwerk, das in Europa, Russland, Indonesien und anderen Teilen der Welt operiert. Der heutige Terrorismus ist ideologisch geeint. Und gegen ihn hat sich Russland in Syrien in den Kampf gestürzt. Indem es die Syrer verteidigte, verteidigte es auch sein Land. Die Tatsache,

dass Russland in den Kampf gegen den Terrorismus eingegriffen hat, ist für die Welt insgesamt und insbesondere für den Mittelmeerraum von großer Bedeutung, da Syrien eine sehr wichtige geostrategische Lage einnimmt.“ Russland habe das getan, „weil es selbst gelitten hat. Der Zusammenbruch der UdSSR geschah nicht spontan. Er wurde herbeigeführt, indem kleine ethnische Gruppen, die historisch zusammengelebt hatten, gezielt gegeneinander ausgespielt wurden. Ein Beispiel ist die Krim, die Chruschtschow in die Grenzen der Ukrainischen Sozialistischen Sowjetrepublik eingegliedert hat. Die Russen in dieser Region haben nie die Unabhängigkeit von Russland angestrebt.“

Zur finanziellen Situation Syriens sagt al-Assad, dass das Land durch die seit 1979 bestehende stillschweigende Blockade des Westens gelernt habe, „den sozialen Sektor selbst zu entwickeln und nicht-westliche Investitionen anzuziehen. Während des Krieges gab es keine Investitionen, also arbeiten wir nur mit syrischen Investoren oder solchen aus der arabischen Welt zusammen, die aus Angst vor US-Sanktionen im Geheimen agieren. Auch die Chinesen wollen nicht unbedingt bei uns investieren, weil wir ihnen schon Geld schulden. Diese Schulden versuchen wir so weit wie möglich zu tilgen, um den Weg für Investitionen frei zu machen.“

Al-Assad gibt die Hoffnung nicht auf, dass der mit dem Westen gesuchte Dialog irgendwann wieder zu einer Zusammenarbeit auf der Basis von Gleichberechtigung führen wird. Derzeit sei der Westen allerdings noch von einer degenerierten politischen Klasse beherrscht, mit denen er keinen Dialog führen möchte. Derzeit mache die USA aus jedem von den Kriegsparteien zu bezahlenden Konflikt „eine gefährliche chronische Krankheit wie Diabetes oder Krebs. [...] Amerika profitiert von jedem Konflikt und beobachtet dann, wie sich das Chaos ausbreitet und wartet auf den Moment, um den entscheidenden Schlag zu führen.“

Al-Assad erinnert daran, dass die Muslimbruderschaft vor 100 Jahren durch Großbritannien in Ägypten gegründet wurde, um sich durch Wachrufen der arabischen Identität die Kontrolle über die Region zu sichern. Die militanten Parolen der Muslimbruderschaft sei von Al-Qaida, dem IS und 'Dschebhat An-Nusra' mit dem Ziel übernommen worden, „alle politischen, sozialen, religiösen und nationalen Bindungen, die den gesamten Nahen Osten seit Jahrhunderten zusammenhalten“ zu zerstören.

Da die USA die Interessen seiner vermeintlichen Partner missachte, den Dollar aktiv als Waffe einsetze und mit ihm politischen Druck ausübe sowie nur seine eigenen Interessen verfolge, begreifen laut Al-Assad heute viele Länder, „dass Amerika keine Freunde hat“ und „keine Partner hat“.

[Inhalt ↑](#)

● Palästina-Kongress von Polizei abgebrochen

Der für den 12.04. bis 14.04.2024 geplante [“Palästina-Kongress“ wurde am ersten Tag nach zwei Stunden von der Berliner Polizei abgebrochen](#) und durfte nicht weiter durchgeführt werden. Grund war eine per Video übertragene Rede des palästinensischen Autors Salman Abu Sitta. Für ihn gilt ein Einreiseverbot und ein politisches Betätigungsverbot in Deutschland. In der Ankündigung wie auch in der Pressekonferenz warfen die Veranstalter Israel u.a. "Apartheid", "Kolonialismus" und "Völkermord" (Genozid) im Gazastreifen vor. Deutschland trage eine "Mitschuld", weil es Waffen an Israel liefere.

Laut Jamal Iqrith wurde auch der Neffe von Salman Abu Sitta, der freiwillig als Arzt in Gaza im Einsatz war und als Redner auftreten sollte, [an der Einreise nach Deutschland gehindert](#). Im Interview mit dem Portal 'Middle East Eye' betonte Ghassan Abu Sitta in London, dass ihm am Berliner Flughafen untersagt wurde, seinen Vortrag an die Berliner Konferenz zu senden. Für den Arzt war nach dem 7. Oktober schnell „klar, dass dieses kein Krieg wie die vorherigen war. Die ungeheure Wucht des Angriffs, (...) ganze Wohnviertel verschwanden. Erst in einem Feuerball,

dann in einer Staubwolke, dann waren die Wohnviertel Trümmer. In den folgenden Tagen wurde klar, was die unglaubliche Zahl von Verletzten und Toten täglich bedeuteten. Dieser Krieg war ein Völkermord, kein Krieg mit militärischen Zielen.“ Als das Ahli-Krankenhaus in Gaza von einer in Metallsplitter zerplatzenden Hellfire-Rakete getroffen wurde und dadurch 483 Tote zu beklagen waren, war er dort gerade im OP.

Ghassan Abu Sitta sieht Deutschland als Mitschuldigen in dem völkermörderischen Krieg in Gaza. Und: [“Wir sehen, wie sich der erste Völkermord im 21. Jahrhundert entfaltet. Dass Deutschland Zeugen dieses Völkermordes zum Schweigen bringt, verheißt für das vor uns liegende Jahrhundert nichts Gutes.“](#)

Um den für den Palästina-Kongress geplanten Hauptredner Salman Abu Sitta vorzustellen, fassen wir den von globalbridge.ch wiederholten Gesprächsbericht kurz zusammen (Red.):

Karin Leukefeld hat vor einem guten Jahr mit Salman Abu Sitta gesprochen. Ihr Bericht vom 17.03.2023 wird aus aktuellem Anlass auf Globalbridge wiederholt. Salman Abu Sitta ist 86-jährig. Er erlebte als 10-jähriges Kind die Nakba, bei der seine Familie zusammen mit Hunderttausenden anderen Palästinensern enteignet und aus Palästina vertrieben wurde. [Heute sind von den 14 Millionen Palästinensern zwei Drittel Flüchtlinge](#), die entgegen internationalem Recht nicht in ihre Heimat dürfen.

Seine Erinnerungen an die Nakba hat Salman Abu Sitta in seinem Buch [“Mapping My Return“](#) festgehalten. Ihm selbst gelang es, außerhalb Palästinas eine qualifizierte Ausbildung zu absolvieren und Ingenieur zu werden. Noch heute kämpft er *“mit Zähnen und Klauen“*, um die ihm gestohlene Heimat zurückzubekommen. *“Um den Menschen zu beschreiben, wo meine Heimat ist, werde ich ein Geograph. Um ihnen zu sagen, dass ich dort war, werde ich Historiker. Um die Welt über meine Heimat zu informieren, werde ich ein Mann für Öffentlichkeitsarbeit. Um der Welt zu sagen, dass dieses Land rechtmäßig mir gehört, werde ich Anwalt für internationales Recht.“* So erinnert er u.a. daran, dass *“das Geld, das Deutschland als Reparationen für Juden bezahlte, [an Israel ging] und half, die Nakba zu begehen“*.

Den jungen Palästinensern rät Salman Abu Sitta: *“Gebt nie Euer Recht auf, in Eurem eigenen Land geboren zu werden. Gebt nie auf. Die Geschichte steht hinter Euch, die Geographie steht hinter Euch. Die Logik steht hinter Euch, das Recht ist hinter Euch. Gebt nie auf.“* In einem Offenen Brief an EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen macht er diese auf viele Fehler in ihrer Rede zum 75-jährigen Bestehen Israels aufmerksam und fordert sie auf, sich eingehend mit der Geschichte Palästinas zu befassen.

[Inhalt](#) ↑

● Staaten in Lateinamerika, Afrika und Asien bäumen sich gegen die Hegemonie des Westens auf

Bei einer Anhörung im UN-Sicherheitsrat am 25.03.2024 ging es hauptsächlich um westliche Unilaterale Zwangsmaßnahmen (UCM). Laut dem Teilnehmer Alfred de Zayas hat die Mehrheit der anwesenden Staaten solche Maßnahmen als illegal bezeichnet, weil sie die Souveränität der Staaten angreifen und inkompatibel mit der UN-Charta sind. In der Sitzung sei klar geworden, dass nur ganz wenige UCM mit Terrorismus zu tun haben. [Die meisten Unilateralen Zwangsmaßnahmen werden eingesetzt, um Staaten zu bestrafen, die nicht das tun, was die USA und EU befahlen](#) und sind damit Ausdruck des Neo-Kolonialismus des 21. Jahrhunderts.

Für de Zayas sind die UCM keine Sanktionen, da diejenigen, die sie verhängen, keine legale Berechtigung haben, andere Staaten zu *“bestrafen“*. Nur der UN-Sicherheitsrat könne legale Sanktionen verhängen. *“Die einzigen legalen unilateralen Zwangsmaßnahmen sind nach Art. 49-50 festgelegt [und] an sehr genaue Bedingungen geknüpft“*. Die Missachtung solcher Regeln *“unterminiert die Autorität und Glaubwürdigkeit der UNO. Es bedeutet eine offene Rebellion“*

gegen die Rechtsstaatlichkeit und das Völkerrecht selbst.“ De Zayas erinnert daran, dass UCM “bereits Hunderttausende Menschen in vielen Staaten getötet [haben] – in Kuba, Iran, Nicaragua, Sudan, Syrien, Venezuela und Zimbabwe. [...] Viele Menschen sind schlicht und einfach verhungert, vor allem Kinder und Greise. Dies ist durch nationale und internationale Untersuchungen belegt worden.“ Da viele UN-Institutionen wie der Internationale Strafgerichtshof im Dienst des Westens stünden, gebe es keine effektiven Mechanismen, um die UCM verhängenden Staaten zu belangen. Es mache allerdings Hoffnung, dass sich inzwischen viele Staaten gegen die Hegemonie des Westens auflehnen. De Zayas fordert, dass der Internationale Gerichtshof die Illegalität feststellen und die Summe der Reparation, die die illegal Handelnden an die Opferstaaten leisten müssen, quantifizieren sollte.

Wie der Widerstand gegen den Hegemon und die Entstehung der Multipolarität auch in Afrika Fahrt aufnimmt, schildert Pepe Escobar. Demnach bildet sich in der Sahelzone Afrikas, mit Senegal, Mali, Burkina Faso, Niger, Tschad, Sudan und Eritrea eine Achse dieses Widerstands. Der Machtwechsel in Senegal basiere auf dem Wahlsieg von Bassirou Diomaye Faye am 24.03.2024 und auf der Entwicklung des Landes hin zu einem bedeutenden Öl- und Gasproduzenten, der die Bergbau- und Energieabkommen mit den Betreibern von Förderanlagen neu gestalten und eine neue, souveräne Währung einführen wolle. Escobar sieht überall in Afrika [die prowestlichen Regimes fallen](#) und den Einfluss von Russland und China steigen. In der Allianz der Sahel-Staaten sieht er “alle Voraussetzungen, um bahnbrechende Veränderungen auf dem afrikanischen Kontinent in die Wege zu leiten“. Angesichts dieser, von Escobar differenziert dargelegten Entwicklung erhebe sich allerdings die Frage, wie Washington darauf reagiert, “um die Allianz der Sahel-Staaten in Schach zu halten“.

[Alfred-Maurice de Zayas](#), Jg. 1947, Völkerrechtler, Historiker, Sachbuchautor und ehemaliger UN-Beamter; war von 2012 bis 2018 Unabhängiger Experte des UN-Menschenrechtsrats für die Förderung einer demokratischen und gerechten internationalen Ordnung. (Red.)

[Pepe Escobar](#), Jg. 1954, ist Kolumnist bei ‘The Cradle’, leitender Redakteur bei ‘Asia Times’ und unabhängiger geopolitischer Analyst mit Schwerpunkt Eurasien. Er berichtet seit 1985 als Auslandskorrespondent aus vielen Teilen der Welt und lebte in London, Paris, Mailand, Los Angeles, Washington, Bangkok und Hong Kong. (Red.)

[Inhalt](#) ↑

● Helene & Ansgar Klein: **Böswillige Darstellung der Situation in der Ukraine**

Am 23.02.2024 hat der Deutsche Bundestag einen Antrag der Ampelkoalition verabschiedet, in dem die [historische Realität in der Ukraine ins Gegenteil verkehrt](#) wird. Demnach soll Russland seit 10 Jahren, seit der Annektierung der Krim, einen völkerrechtswidrigen Krieg gegen die Ukraine führen. Helene und Ansgar Klein stellen gegenüber den Bundestagsabgeordneten folgende Punkte richtig: Seit 2014 führen Kiew-treue Truppen einen mörderischen Krieg gegen die Donbass-Region, der bis 2022 zu 14'000 Toten geführt habe. Der Einmarsch Russlands in die Ukraine hätte vermieden werden können, wenn der Westen auf die Garantieforderungen Russlands angemessen reagiert hätte. Im Frühjahr 2022 hätte der Krieg nach den Friedensverhandlungen zwischen Russland und der Ukraine beendet werden können, wenn der damalige britische Premier Kiew nicht dran gehindert hätte. Die Krim sei von Russland nicht annektiert worden, sondern habe sich mit einem völlig freien Referendum Russland angeschlossen – ohne jegliche Waffengewalt. Mit der dauerhaften Stationierung einer deutschen Brigade in Litauen breche Deutschland das NATO-Russland-Abkommen. Und auf dem Maidan sei nicht versucht worden, die ukrainische Freiheitsbewegung niederzuschlagen, sondern ein militanter Umsturz unter US-Führung erfolgt; seither werde in Kiew “der schlimmste ukrainische Judenverfolger in der Nazizeit, nämlich Bandera, in der 'Kiew-Ukraine' verherrlicht“. Die in dem Koalitionspapier formulierten

Durchhalteparolen erinnern das Ehepaar Klein an das Hitlerregime. Sie rufen den Abgeordneten zu: "Schämen Sie sich!"

[Helene & Ansgar Klein](#), beide Jg. 1937, sind ehemalige Oberstudienräte, engagierten sich 10 Jahre in der SPD, 30 Jahre bei den Grünen und sind seit 2013 parteilos. Seit 35 Jahren leisten sie Friedensarbeit und sind seit fast 55 Jahren verheiratet. (Red.)

[Inhalt](#) ↑

● **Deutschland lädt Vertreter Russlands von Gedenkfeiern zur Befreiung von Konzentrationslagern aus**

Die deutsche Regierung hat russische Vertreter [von den Gedenkfeierlichkeiten zur Befreiung von Nazi-Konzentrationslagern am 11.05.2024 ausgeladen](#), obwohl russische Kriegsgefangene in den Lagern eine der größten Gruppe der Häftlinge stellten, und viele KZ von russischen Soldaten befreit wurden.

Das russische Außenministerium reagierte mit einer Erklärung, in der u.a. festgestellt wird, dass die deutsche Seite darauf abziele "die historische Erinnerung an den Verlauf und die Ergebnisse des Zweiten Weltkriegs weiter anti-russisch zu politisieren. Es ist die Zerstörung der historischen Erinnerung und der Wahrheit über den Zweiten Weltkrieg seitens des offiziellen Berlins, das eindeutig hinter dieser Haltung steht und sie befeuert." In der Erklärung wird auch an die unbeantwortete Aufforderung erinnert, "dass Berlin die vom Dritten Reich während des Großen Vaterländischen Krieges in der UdSSR begangenen Verbrechen offiziell als Völkermord anerkennen solle". Das russische Außenministerium werde sich "dafür einsetzen, dass die Regierung der Bundesrepublik Deutschland humanitäre Zahlungen an nicht-jüdische Überlebende der Blockade Leningrads leistet, die Berlin seit vielen Jahren hartnäckig 'beiseite wischt'".

Es wird angekündigt, dass von April bis Mai "russische Diplomaten in Deutschland zusammen mit Veteranen und Landsleuten das Andenken an die Häftlinge der Nazi-Konzentrationslager und die sowjetischen Soldaten würdig ehren, die ihr Leben für die Befreiung Europas vom Terror des Dritten Reiches gegeben haben, wobei sie auch Deutsche und ihre Ehre gerettet und sie wieder in die Weltgemeinschaft zurückgebracht haben".

[Inhalt](#) ↑

● **Zeit-Fragen: Niemals vergessen! 1999–2024**

In der [Belgrader Erklärung vom 23.04.2024](#) verurteilen die Teilnehmer der Internationalen Konferenz die bewaffnete Aggression der NATO gegen Jugoslawien vor 25 Jahren "aufs schärfste als einen rechtswidrigen, invasiven und verbrecherischen Krieg gegen ein souveränes, friedliebendes europäisches Land, der ohne ein Mandat des UN-Sicherheitsrates geführt wurde und einen eklatanten Verstoß gegen die Charta der Vereinten Nationen, die OSZE-Schlussakte von Helsinki (1975) und die Grundprinzipien des Völkerrechts darstellt". Der Krieg sei mit falschen Begründungen geführt worden und habe sich letztlich gegen "die Rechtsordnung des Friedens und der Sicherheit in Europa und in der Welt, die nach dem Zweiten Weltkrieg geschaffen wurde," gerichtet. Es wird u.a. daran erinnert, dass die Aggressoren "verpflichtet sind, Serbien für die von ihnen verursachten Kriegsschäden zu entschädigen". Es wird die Einhaltung und Umsetzung der Resolution 1244 des UN-Sicherheitsrates gefordert.

Nach der NATO-Osterweiterung, die in Jugoslawien begonnen habe, sind die Teilnehmer tief besorgt "über die beschleunigte Eskalation von Feindseligkeiten und Konflikten in den globalen Beziehungen [...], die das Feuer von Konflikten, anhaltenden Provokationen und der drohenden Gefahr eines globalen Konflikts weiter anheizen. Die Welt befindet sich am Rande des Abgrunds."

Sie fordern daher die "sofortige Aufnahme des Dialogs auf strategischer Ebene unter der Schirmherrschaft der UNO", die "Schließung ausländischer Militärlager, den vollständigen Abzug der taktischen US-Atomwaffen aus Europa und die Deinstallation der sogenannten Raketenabwehrsysteme, die die Sicherheit noch mehr gefährden" sowie "ein Ende der kriegshetzerischen Rhetorik und [...] den Dialog [für] friedliche, gerechte und nachhaltige Lösungen für die anhaltenden Konflikte und Krisen". "Die Politik der Konfrontation, des Interventionismus und der Einmischung in die inneren Angelegenheiten, die vom militärisch-industriellen Komplex und dem großen Finanzkapital unterstützt wird, muss dem Dialog, der Partnerschaft, der Achtung der grundlegenden Normen des Völkerrechts und der multipolaren Weltordnung weichen."

Die Teilnehmer "verurteilen das massenhafte Töten der unschuldigen palästinensischen Bevölkerung, insbesondere von Kindern, und fordern einen sofortigen Waffenstillstand im Gaza-Streifen und in anderen von der palästinensischen Bevölkerung bewohnten Gebieten, um diesem in der jüngeren Geschichte beispiellosen menschlichen Leid endlich ein Ende zu setzen". Ihrer Meinung nach ist "die Krise in der Ukraine eine Folge der NATO-Strategie der Ost-Erweiterung". Diese Krise könne friedlich gelöst werden, "indem die Ursachen erkannt und beseitigt werden und gleiche Sicherheit für alle Länder garantiert wird".

[Zeit-Fragen](#), eine genossenschaftlich herausgegebene, weltanschaulich, politisch und finanziell unabhängige Zeitung, erscheint 14-tätig, auch in englischer und französischer Sprache. (Red.)

[Inhalt ↑](#)

● **Unbeabsichtigt publik gewordener Stand der WHO-Verhandlungen gibt Anlass zur Sorge**

Die geheimen Verhandlungen zum WHO-Pandemievertrag und zu den Änderungen der Internationalen Gesundheitsvorschriften (IHR) dauern in Genf an. Durch einen Fehler der Genfer Universität ist der Verhandlungsstand vom 09.02.2024 an die Öffentlichkeit gelangt. Laut Norbert Häring weist der Publizist James Roguski auf kritische Punkte des Dokuments hin. Davon eine Auswahl: Der auf undemokratische Weise "gewählte" Generaldirektor der WHO soll eigenmächtig und ohne Kontrollinstanz drei verschiedene Stufen von internationalen Gesundheitsnotlagen ausrufen können, tatsächliche ebenso wie bloß drohende. Die WHO entwickelt Standards für digitale und analoge Impf- und Testausweise, die international anerkannt werden müssen. Die WHO bestimmt, welche Impfstoffe oder prophylaktischen Medikamente vorsorglich für den Pandemiefall zugelassen werden. Nur für diese gibt es Impfcertifikate, die langfristig rein digital werden sollen. [Die Regierungen werden verpflichtet durchzusetzen, dass sich auch alle Bürger und nicht-staatlichen Gruppen und Institutionen an die IHR-Vorschriften halten](#). Nationale Regierungen müssen bestehende Strukturen nutzen oder neue aufbauen, um Fehl- und Desinformation zu bekämpfen. Die armen Länder sollen die Rechte an allen Organismen aufgeben, die auf ihrem Gebiet systematisch gesucht und gefunden werden. Dafür wird ihnen Geld und Unterstützung versprochen.

Die Darstellung des WHO-Beraters Hajo Zeeb, dass die Lockdown-Entscheidung 2020 wohl eine Folge internationaler Absprachen auf WHO-Ebene gewesen sei, denen sich Deutschland nicht entziehen konnte, bestätigt laut Häring die Sorge, dass der WHO-Pandemievertrag und die Änderungen der IHR die [Abgabe von nationaler Souveränität](#) an die nicht rechenschaftspflichtige und von Groß Spendern aus der Pharmabranche abhängige WHO bedeuten würde. Deshalb muss der Beschluss zu beiden Dokumenten laut Häring unbedingt verhindert werden.

Die Wissenschaftler-Gruppe 'Dialog Globale Gesundheit' hat ein sehr informatives 54-seitiges [Dossier zu Geschichte der WHO](#) und der IHR veröffentlicht. Es ist laut Häring ausgesprochen hilfreich, wenn es darum geht, einzuschätzen, ob die Organisation unter den derzeitigen Rahmenbedingungen mehr Macht und Verantwortung bekommen sollte. Häring gibt eine [subjektive Auswahl einiger herausragender Punkte, mit Schwergewicht auf den Fehlleistungen](#). Bis

sie nach 1993 von zweckgebundenen Zuwendungen abhängig gemacht wurde, habe die WHO auch viel bewirkt.

[Norbert Häring](#), Jg. 1963, Volkswirt; seit 1997 Wirtschaftsjournalist (Gründer der 'Financial Times Deutschland'), seit 2002 beim Handelsblatt. Häring betreibt eine eigene Homepage. (Red.)

[Inhalt](#) ↑

● Unter Druck geratende WHO plant Rechtsbruch

In den Internationalen Gesundheitsvorschriften (IHR), die u.a. Kompetenzen der Weltgesundheitsorganisation (WHO) im Pandemiefall regeln, heißt es ganz klar, dass alle vorgeschlagenen Reformen vier Monate vor Abstimmung den Regierungen vorliegen müssen. Diese Frist ist für die diesjährige Weltgesundheitsversammlung im Mai lange verstrichen, ohne dass der vorgeschlagene Änderungstext vorgelegt wurde. Bis 11.03.2024 wurde nur die Liste aller von den Regierungen eingebrachten Änderungsvorschläge verteilt. Die frühere Rechtsberaterin der WHO und Gründerin der Organisation 'Global Health Responsibility', Silvia Behrendt, hat daher in einem offenen Brief an den Generaldirektor der WHO darauf aufmerksam gemacht, [dass die WHO offenkundig plane, internationales Recht zu brechen](#), und dass die Organisation und ihre handelnden Personen dafür zur Verantwortung gezogen werden können.

Hierzu betont Norbert Häring, dass die Einhaltung der Vorschriften wichtig ist, damit vor einer eventuellen Verabschiedung der IHR-Reform durch Stimmenmehrheit der WHO-Mitgliedsregierungen eine vernünftige öffentliche und parlamentarische Debatte darüber stattfinden kann. Denn eine Ratifizierung der IHR-Reform ist nicht nötig. Sie tritt nach einem Mehrheitsbeschluss der WHO-Versammlung automatisch für alle Mitgliedsländer bindend in Kraft. Nur wenn eine Regierung ihre Ablehnung innerhalb von nunmehr 12 Monaten kundtut, werden sie für dieses Land nicht bindend.

Die WHO gerät wegen geplanter Vertragsinhalte und Transparenzproblemen bei neuen Pandemie- und Gesundheitsvorschriften unter wachsenden öffentlichen Druck. Bei der aktuellen Verhandlungsrunde zum Pandemievertrag, die am 28.03.2024 am WHO-Sitz in Genf zu Ende ging, erzielten die teilnehmenden Unterhändler verschiedener Staaten keine Einigung. Die Positionen westlicher Länder und vieler Staaten des globalen Südens liegen noch weit auseinander. Es wird [die Transparenz und die mit den Vorschriften wachsenden Demokratieverluste kritisiert](#). Ziel ist es, auf der Weltgesundheitsversammlung der 194 Mitgliedsstaaten der WHO Ende Mai sowohl den geplanten neuen Pandemievertrag als auch die Neufassung der Internationalen Gesundheitsvorschriften (IGV bzw. IHR) mit einfacher Mehrheit zu verabschieden. Letztgenannte werden Ende April weiter verhandelt. Einige Punkte der IHR müssen nach der Verabschiedung möglicherweise noch in nationales Recht übertragen werden. Der Pandemievertrag ist neu, benötigt eine Zweidrittelmehrheit und jeweils eine Ratifizierung in den Mitgliedsstaaten der WHO, um in Kraft zu treten.

[Silvia Behrendt](#), Jg. 1980, ist österreichische Verwaltungsjuristin und hat über die Internationalen Gesundheitsvorschriften promoviert. Sie war "WHO expert consultant" und hat eng mit dem WHO-Sekretariat der Internationalen Gesundheitsvorschriften in Genf zusammengearbeitet. 2021 gründete sie die 'Global Health Responsibility Agency'. (Red.)

[Norbert Häring](#), Jg. 1963, Volkswirt; seit 1997 Wirtschaftsjournalist (Gründer der 'Financial Times Deutschland'), seit 2002 beim Handelsblatt. Häring betreibt eine eigene Homepage. (Red.)

[Paul Schreyer](#), Jg. 1977, Autor ("Wir sind die Guten, Ansichten eines Putinverstehers"; "[Wer regiert das Geld?](#)") und freier Journalist, u.a. für die Online-Portale 'Telepolis', 'NachDenkSeiten' und 'Global Research'; Mitherausgeber des [online-Magazins 'multipolar'](#). (Red.)

[Inhalt](#) ↑